

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
für den Raum
einer
Kleinr. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtsbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 R. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Annoucen-Aannahme in der Expedition bis Mittags 12 Uhr für die am nächstfolgenden Tage erscheinende Nummer.

Das Deutschthum und die jüngste Präsidentenwahl in der nordamerikanischen Union.

Das Deutschthum hat innerhalb der mächtigen Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Laufe einer verhältnißmäßig kurzen Zeit mehr und mehr Grund und Boden gewonnen. Dies bedingt sich theils durch die Handelsverbindung und die volkswirtschaftliche Entwicklung beider Länder, die infolge der Lostrennung der Union vom Mutterlande England einander näher gerückt sind; theils auch durch die alljährlich stattfindenden Auswanderungen deutscher Familien nach Nordamerika. Der Einfluß dieses Deutschthums hat uns in den Kriegsjahren 1870 u. 71 die dankenswertheste wohlwollende Haltung der Union gesichert; dieser Einfluß ist nicht minder von gewichtiger Bedeutung gegenüber der dort von vier zu vier Jahren wiederkehrenden Präsidentenwahl, die in den jüngsten Tagen und Wochen wiederum alle Volksschichten der Union in leicht begreifliche Aufregung versetzt hat.

Die Gestaltung der politischen Angelegenheiten innerhalb der Vereinigten Staaten wird seit Jahren durch die gegnerischen Bestrebungen zweier Hauptparteien, der republikanischen und demokratischen, bestimmt. Die erstere dieser Parteien hatte durch ihr Regiment Veranlassung zur Erhebung der Südstaaten und zu dem 4jährigen harten Kriege gegeben, der die Folge abweichender Meinungen über die Aufhebung der Negerclaverei in den Vereinigten Staaten war. Die Südstaaten, deren Großgrundbesitzer und Pflanzer natürlich für den Fortbestand der Negerclaverei stimmten, wurden bekanntlich besiegt, und die republikanische Partei, welche die entgegengegesetzte Ansicht vertrat, erlangte auf Dauer eine unbedingt herrschende Stellung zu Ungunsten der gegnerischen demokratischen Partei. Das schonungslose Vorgehen der republikanischen Partei im Süden bewirkte, daß die Bewohner der Südstaaten mehr und mehr der demokratischen Partei sich anschlossen. Dazu kam, daß Präsident Grant, um nach Ablauf seiner Präsidentschaftszeit seine Wiederwahl durchzusetzen, mit der republikanischen Partei Hand in Hand ging, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Republikaner im Besitze der Aemter und Würden ihren Einfluß in einer Weise mißbrauchten, die das Thun und Treiben der genannten Partei im bedenklichsten Lichte erscheinen lassen mußte. Die hervorgerufenen Untersuchungen über die schamlosen Gaunereien in der Verwaltung erregten den Widerwillen gegen die herrschende Partei und verstärkten natürlich auch im Norden der Union die Reihen der Demokraten. Letzteres geschah in einer solchen reißenden Schnelligkeit, daß die erschrockenen Republikaner den Gedanken aufgaben, Grants Wiederwahl nochmals durchzusetzen, sondern sich nach einem Candidaten ihrer Partei umsahen, der diesem Treiben ferner stand und somit von den Gegnern wenigstens nicht erfolgreich verdächtigt werden konnte. Dieser Mann ist bekanntlich Hayes, bis jetzt zum dritten Male Gouverneur des Staates Ohio, der, obwohl politisch weniger bedeutend, wenigstens im Rufe der Ehrenhaftigkeit steht. Die Demokraten haben ihrerseits für Tilden, Gouverneur des Staates New-York, gestimmt, der seinem Gegner anerkannter Maßen an staatsmännischer Bedeutung sehr überlegen sein soll.

Für diesen letztgenannten Candidaten ist auch die deutsche Bevölkerung der Vereinigten Staaten eingetreten, obwohl das Deutschthum der Union unter der Führerschaft unsers berühmten Landmannes und Republikaners von reinstem Schrot und Korn, Schurz, bisher zur republikanischen Partei gehalten hat. Der Uebermuth und die Verderbtheit der Republikaner hat die Deutschen, Schurz's eignen Schwager an ihrer Spitze, veranlaßt, ins Heerlager der Demokraten hinüberzugehen. Wenn wir erwägen, daß das Deutschthum der Vereinigten Staaten in den bisherigen Wahlkämpfen mit seiner Mehrheit sich stets auf Seite der Sieger befanden, so geht daraus zur Genüge hervor, daß die deutschen Stimmen dort immerhin gewichtig in die Waagschale gefallen sind, und dieser Verlust von Seite der republikanischen Partei in Zukunft bitter empfunden werden wird.

Das Ergebnis des jüngsten Wahlkampfes selbst erscheint den dortigen Zuständen und Verhältnissen gegenüber als zweifelhaft und bedenklich, da der demnächstige Präsident der Vereinigten Staaten mit jedenfalls zu geringer Stimmenmehrheit aus der Wahlurne hervorgegangen ist. Wir Deutschen können uns kaum einen Begriff davon machen, mit welcher grenzenlosen Aufregung in der großen nord-

amerikanischen Republik ein so höchwichtiges politisches Ereigniß, wie das einer Präsidentenwahl, verbunden zu sein pflegt. Wenn schon die Vergangenheit lehrt, daß dort keine der gegnerischen Parteien irgend ein Mittel scheut, um dadurch der eignen Sache zum Siege zu verhelfen, so geht daraus um so sicherer hervor, daß dem neuen Präsidenten jedenfalls in der unterliegenden und in ihren Hoffnungen getäuschten Partei ein hartnäckiger und unerbittlicher Gegner erwachsen muß, ganz geeignet das staatliche Getriebe nachtheilig zu beeinflussen. Der Sieg des republikanischen Candidaten verhilft natürlich der bisher einflussreichsten Partei zu abermaliger Machtfstellung und giebt der Gaunerei von staatswegen auf die Dauer von weiteren 4 Jahren Oberwasser.

Tagesgeschichte.

— Berlin. Fürst Bismarck wird sich, wie in parlamentarischen Kreisen bestimmt versichert wird, nächster Tage vor dem Parlament über die orientalische Frage, soweit die Politik Deutschlands davon berührt wird, ansprechen, auch selbst für den Fall, daß die Ultramontanen ihn gelegentlich der Staatsberathung dazu nicht auffordern sollten. In der „Weser-Ztg.“ wird ihm in Erwiderung darauf bereits heute ein Vertrauensvotum in Aussicht gestellt, von dem wir auf das aufrichtigste wünschen, daß es sich als begründet erweise. Im weiteren liegt von neueren Mittheilungen zur Lage nur eine bedeutungsvollere Nachricht vor. Das „Wiener Fremdenblatt“ hatte nämlich gemeldet, der deutsche Reichskanzler habe dem Marquis von Salisbury gegenüber kein Fehl daraus gemacht, daß der Gedanke einer Besetzung Bulgariens als einzige wirkungsvolle Garantie sich der Konferenz mit Gewalt aufdringen werde. Dem gegenüber ist die „Nat. Ztg.“ von kompetenter Seite, d. h. direkt aus dem auswärtigen Amte, in die Lage versetzt, diese Mittheilung des Wiener Blattes als vollständig aus der Luft gegriffen zu bezeichnen. Die mannigfachen Lesarten, wie sie im übrigen über Zweck und Ergebnis der Salisbury'schen Mission noch immer kursiren, wird man füglich auf sich beruhen lassen können. Wirklichen Werth haben sie nicht. Das indeß mag noch erwähnt werden, daß die „Wiener fr. Pr.“ von einem sicheren Gewährmann erfahren haben will, Salisbury habe den Eindruck bekommen, als lege man in Berlin den Rüstungen Rußlands mehr einen demonstrativen, als einen bedrohlichen Charakter bei. Eine derartige Annahme würde freilich zu den Thatsachen sehr schlecht stimmen.

— In der vorigen Woche schon zirkulirte das Gerücht, daß die deutsche Reichsregierung sich nunmehr definitiv gegen die Beschickung der Pariser Ausstellung ausgesprochen habe. Dem ist jedoch nicht ganz so, denn aus Berlin schreibt das „Tageblatt“: Es war schon seit geraumer Zeit ein offenes Geheimniß, daß die nationalliberale Fraktion des Reichstags wenig Begeisterung für die Beschickung der Pariser Ausstellung besitze. Jetzt wo der Bundesrath sich binnen Kurzem ex officio mit der Frage beschäftigen soll und angeblich Bayern in Absicht hat, zu Gunsten der Beschickung eingetreten, hat die nationalliberale Fraktion diese Angelegenheit einer Diskussion unterzogen. Niemand plaidirte zu Gunsten der Betheiligung Deutschlands. Die Ausstellungen im Allgemeinen, sagt man, welche zu Lustbarkeiten und zu Jahrmärkten geworden, könnten schwerlich noch kulturhistorische Bedeutung in Anspruch nehmen. Deutschland wäre von Frankreich gewissermaßen zu dem industriellen Rendezvous befohlen, nicht aber vorher um seine Ansicht befragt worden und das deutsche Reich sei nicht der Ansicht, daß es derart über sich verfügen und sich in eine Zwangslage versetzen lassen dürfe. Auch die leider ziemlich nahe gerückte Eventualität eines russisch-türkischen Krieges, dessen Dauer und dessen Rückwirkung auf die Verhältnisse der europäischen Staaten im Voraus gar nicht zu berechnen ist, scheint mit zu den Hauptmotiven zu gehören, derentwegen man sich in der Mehrheit des Reichstages für die Beschickung zu dem anberaumten Termine nicht zu erwärmen vermag. Daß ein Beschluß, die Ausstellung nicht zu beschicken, eine nachtheilige Wirkung auf die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ausüben könnte, ist um so weniger zu befürchten, als Frankreich im Falle eines orientalischen Krieges ohnehin nicht im Stande sein würde, das Ausstellungsunternehmen im Jahre 1878 durchzuführen. Staaten wie Oesterreich und Italien würden sich unmöglich an demselben betheiligen können.

— Nach einer amtlichen Uebersicht sind während des Jahres 1875